

Zum 100. Geburtstag des Deutschen Städtetages - ein chronologischer Überblick

- | | |
|----------------------------------|---|
| 1808 | Die Städteordnung des Freiherrn vom Stein gilt als Geburtsstunde der kommunalen Selbstverwaltung. |
| Mitte
des 19.
Jahrhunderts | erste Städtetage in Schlesien und in Sachsen als lockere Organisationsform für unregelmäßige Zusammenkünfte; keine festen Vorstände oder Geschäftsstellen und keine Mitgliedsbeiträge |
| 1896 | Konstituierung des „Allgemeinen Preußischen Städtetages“, die Geschäftsführung wird ehrenamtlich durch einen Berliner Magistratsbeamten wahrgenommen |
| Schwelle zum
20. Jahrhundert | rasche Verstädterung Deutschlands (Anteil der Stadtbevölkerung stieg von 1871 bis 1910 von 36 Prozent auf 60 Prozent) |
| Februar 1902 | Oberbürgermeister Beutler, Dresden, schlägt brieflich seinen Amtskollegen Adickes, Frankfurt am Main, und Kirschner, Berlin, vor, im Hinblick auf eine für den Sommer 1903 in Dresden geplante Städteausstellung einen einmaligen Deutschen Städtetag einzuberufen. |
| 1. bis 3.
September
1903 | "Deutsche Städte-Ausstellung" in Dresden
Der Vorstand der Tagung wird beauftragt, auf die ständige Einrichtung eines Deutschen Städtetages hinzuwirken.

In den beiden folgenden Jahren trifft sich mehrmals der erweiterte Vorstand, um die Gründung vorzubereiten. Im Entwurf der ersten Satzung heißt es: "Der Deutsche Städtetag ist ein Verband deutscher Städte und Städteverbände (...), der sich die Aufgabe stellt, die Wohlfahrt der ihm angehörenden Gemeinwesen und ihrer Bewohner zu pflegen, die gemeinschaftlichen Interessen der Städte zu wahren und die Kenntnis und Ausbildung der Verwaltungseinrichtungen untereinander zu fördern." Als Organisationsform wird schließlich der nicht eingetragene Verein gewählt (bei freier Mitgliedschaft), eine bis heute gültige Konstruktion. |
| 17. September
1905 | Aufforderung an mehr als 150 Städte, unter Anerkennung der Satzung ihren Beitritt zum Deutschen Städtetag zu erklären. |
| 27. November
1905 | Konstituierender "Erster Deutscher Städtetag" in Berlin (von 144 bis dahin beigetretenen Städten waren 131 sowie die Vertreter von sieben regionalen Städteverbänden zugegen).
Sitz der Geschäftsstelle wird Berlin in Personalunion mit dem Preußischen Städtetag; die enge Verknüpfung eines Landesverbandes mit der Geschäftsstelle des Deutschen Städtetages wird nach dem Zweiten Weltkrieg bis heute durch die Personalunion mit dem Städtetag Nordrhein-Westfalen fortgesetzt.
Neben den Formalien steht auf der Tagesordnung das Problem der Fleischversorgung in den Städten. |

- 1907 Herausgabe des ersten Periodikums "Mitteilungen der Zentralstelle des Deutschen Städtetages"
(Bereits 1890 erschien in Breslau der erste Jahrgang des Statistischen Jahrbuchs deutscher Städte)
5. bis 7. Juli 1908 2. Deutscher Städtetag in München
An erster Stelle der Tagesordnung: Das Finanz- und Kreditwesen der Städte – ein Thema, das in der Zukunft rasch an Bedeutung gewinnen sollte.

Auch die Sozialpolitik nimmt von Anfang an breiten Raum ein. Die Städte und der Deutsche Städtetag sind in der Arbeitslosenfrage Wegbereiter von Aufgaben- und Problemlösungen. Bereits Ende September 1911 wird in einer Eingabe an den Bundesrat die Einrichtung einer obligatorischen Arbeitslosenversicherung gefordert.
- 1913 Erster hauptamtlicher Geschäftsführer Dr. Hans Luther
(erstes Domizil des Deutschen Städtetages in Berlin:
Am Köllnischen Park 8)
- 1921 Nach dem Ersten Weltkrieg wird die Finanzverfassung völlig umgestaltet. Neu eingeführt wird ein großer Steuerverbund zwischen Reich und Ländern. So beginnen die bis heute anhaltenden ständigen steuerpolitischen Auseinandersetzungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Während der Hauptversammlung 1921 findet der Kölner Oberbürgermeister Konrad Adenauer deutliche Worte, die bis heute kaum an Aktualität verloren haben: „Es ist wahrhaft ein Notschrei, den wir ausstoßen. (...) Wir sind am Ende. (...) Was soll das Reich anfangen, wenn die Gemeinden kaputt sind, wenn sie verelendet sind?“ Die Finanznot der Städte führt dazu, dass viele städtische Sozial- und Kultureinrichtungen geschlossen oder eingeschränkt werden müssen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gibt es drei außerordentliche Hauptversammlungen, alle zum Thema Kommunal Finanzen:
1968 "In letzter Stunde" (Bonn)
1993 "Städte in Not" (Bonn)
2003 "Städte fordern: Reformen statt Kahlschlag" (Berlin)
- 1926 Auftrag für ein Logo des Deutschen Städtetages; bis heute findet sich im Städtetagseblem eine Stilisierung des Holstentores in Lübeck.
- 1927 Herausgabe von
- Schriftenreihe des Deutschen Städtetages
(ab 1947 Schriften des Deutschen Städtetages, Heft 1 „Entwurf einer deutschen Gemeindeordnung“)
- „Der Städtetag. Zeitschrift für deutsche Kommunalpolitik“
15. Dezember 1933 Auflösung der kommunalen Spitzenverbände; Zwangsvereinigung der Kommunen zu dem unter NSDAP-Führung stehenden neuen Einheitsverband Deutscher Gemeindetag.

14. Juni 1938 Grundsteinlegung für das "Haus der deutschen Gemeinden", Berliner Straße 4-9
- August 1945 Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Konrad Adenauer ergreift die Initiative zur Wiederbegründung des Deutschen Städtetages.
10. Oktober 1945 Der Alliierte Kontrollrat erklärt den Deutschen Gemeindetag zu einer nationalsozialistischen Organisation und löst ihn damit auf.
- Mai 1946 Neuaufbau des Deutschen Städtetages (zunächst nur in der britisch-amerikanischen Bizone, ab 1949 auch in der französischen Zone); erster Präsident wird der Kölner Oberbürgermeister Dr. Hermann Pünder. Darauf folgen – dies zeigt die besondere Verbindung des Deutschen Städtetages zur geteilten Stadt Berlin – die Berliner Oberbürgermeisterin Louise Schroeder und die Regierenden Bürgermeister Prof. Ernst Reuter und später Prof. Otto Suhr und Willy Brandt als Präsidenten.
- Ende 1946 Zusammenschluss mit der Geschäftsführung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen; Sitz der gemeinsamen Geschäftsstelle zunächst in Bad Godesberg, ab März 1948 in Köln-Marienburg
20. Mai 1948 Der 1. Städtekongress in der Frankfurter Paulskirche muss feststellen, dass den Kommunen (durch die Verabschiedung des Grundgesetzes) ein unmittelbares Mitwirkungsrecht an der Gesetzgebung von Bund und Ländern verwehrt bleibt. 1949 konnte wenigstens die Einrichtung eines Kommunalreferats beim Bundesinnenministerium erreicht werden.
- Nach dem Grundgesetz sind die Kommunen Bestandteil der Länder. Diese vertreten ebenso wie der Bund in Gesetzgebungsverfahren gerade bei finanziellen Fragen vorrangig ihre eigenen Interessen. Ein verfassungsrechtlich verankertes Anhörungsrecht in der Gesetzgebung des Bundes bleibt den kommunalen Spitzenverbänden bis heute versagt. Aus dieser Tatsache resultieren nicht nur die immer weiter ausufernden Belastungen der Kommunen mit Aufgaben und deren Kosten, sondern auch handwerkliche Schwächen von Gesetzen.
- Im Vordergrund des Interesses der Städte und des Städtetages in den ersten Nachkriegsjahren stehen die Sicherung der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, der Aufbau von Wohnungen, das örtliche Gesundheits- und Fürsorgewesen, die Eingliederung der Flüchtlinge und der Aufbau einer geordneten Verwaltung.
- 1950 Übertragung des Grundstücks Berliner Straße 4-9 an den Deutschen Städtetag, bis heute Sitz des Deutschen Städtetages in Berlin.
- 1951 Nach Dr. Peter van Aubel wird Dr. Otto Ziebill Hauptgeschäftsführer. Der Deutsche Städtetag repräsentiert 133 unmittelbare Mitgliedsstädte; inklusive der mittelbaren Mitgliedschaft sind insgesamt Städte mit 22 Millionen Einwohnern im Verband vereinigt.

- 1952 bis 1956 Wiederaufbau und Vollendung des schwer beschädigten Hauses an der Berliner Straße 4-9, finanziert durch die Solidargemeinschaft der Mitgliedsstädte. Das Wappenfenster im Treppenhaus dokumentiert die Spenderstädte.
- 1953 Gründung der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
- 1953 Die Berliner Straße wird in „Straße des 17. Juni“ umbenannt, das Gebäude in „Ernst-Reuter-Haus“ nach dem bis zu seinem Tode agierenden Präsidenten des Deutschen Städtetages.
- Die Hauptgeschäftsstelle erarbeitet Empfehlungen, Hinweise und Leitsätze als Unterstützung der Gesetzgebungsarbeit und als Hilfestellung für die Stadtverwaltungen. Beispiele:
"Empfehlungen für den Schulhausbau" (1948)
"Richtlinien für die Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen in den Städten" (1956)
"Stadtstraßen im Fernverkehrsnetz" (1957)
"Leitsätze für die Finanzierung der Krankenhäuser" (1957)
- 1960 Die Hauptversammlung in Augsburg mit dem Motto "Erneuerung unserer Städte" gilt als ein Meilenstein in der Geschichte des Verbandes. Bislang standen pragmatische Einzelfragen im Vordergrund, in Augsburg dagegen erstmals Grundsatzfragen nach der Zukunft der Städte, vor allem der städtebaulichen Erneuerung. Hinwendung zur verkehrsgerechten Stadt.
- 1965 Oberbürgermeister Dr. Alfred Dregger, Fulda, wird Präsident des Deutschen Städtetages.
- 1968 Dr. Bruno Weinberger wird Hauptgeschäftsführer (bis 1986).
- 1968 Nach drei „Fliegenden Pressekonferenzen“ startet die 1. Rollende Pressekonferenz (bis 1996 rollt der Sonderzug „Freiherr vom Stein“ insgesamt 13-mal jeweils für drei Tage durchs In- und Ausland).
- 1970 Oberbürgermeister Dr. Hans-Jochen Vogel, München, wird Präsident des Deutschen Städtetages.
- 1971 Die Hauptversammlung in München mit dem Motto "Rettet unsere Städte jetzt!" führt lebhaft Debatten über die Stadtentwicklung. Präsident Dr. Vogel stellt die Frage, welche Voraussetzungen nötig sind, damit sich der Wandel in den Städten an den Bedürfnissen ihrer Bewohner orientiert. Von München geht der Appell für eine "Vermenschlichung der Städte" aus.
- 1971 Bremens Bürgermeister Hans Koschnick wird Präsident des Deutschen Städtetages.
- 1973 Neubau der Hauptgeschäftsstelle in Köln-Marienburg

- 1973 Gründung des Deutschen Instituts für Urbanistik
- 1975 Das Präsidium verfasst eine „Entschießung zur Lage und Entwicklung der Sozialhilfe“. Hintergrund ist der starke Anstieg der Sozialausgaben. Während sich die kommunalen Gesamtausgaben von 1963 bis 1979 gut verdreifacht hatten, waren im gleichen Zeitraum die Sozialausgaben von 2,2 auf 12,2 Milliarden DM hochgeschwungen und hatten sich damit fast versechsfacht.
- 1977 Oberbürgermeister Manfred Rommel, Stuttgart, wird Präsident des Deutschen Städtetages.
- 1985 Hauptversammlung in Berlin mit dem Motto "Stadt: Heimat ihrer Bürger"
Fazit: Die Städte sind wieder wohnlicher geworden, es wird langsam wieder "in", in der Stadt zu wohnen.
Weitere zentrale Themen in den 80er Jahren:
die Zuwanderungsproblematik und die Aussiedlerpolitik der Bundesregierung
- 1987 Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl, die Verseuchung des Rheins durch Sandoz und Altlastenbodenverseuchungen führen zur Hauptversammlung in Köln mit dem Motto "Städte für eine bessere Umwelt".
- 1989 Hauptversammlung in Bonn unter dem Motto "Ohne Städte keine Zukunft"
13. Juni 1990 Erster gesamtdeutscher Städtetag im Ernst-Reuter-Haus in Berlin unter dem Vorsitz von Präsident Manfred Rommel: "Für eine starke kommunale Selbstverwaltung in Deutschland".
Bis Januar 1991 treten 133 Städte aus den neuen Ländern dem Deutschen Städtetag als unmittelbare Mitglieder bei.
- 1990 Jochen Dieckmann wird Hauptgeschäftsführer.
- 1990 Engagement des Deutschen Städtetages beim Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in den neuen Ländern, bei den Auseinandersetzungen um die künftige Energieversorgung dort, Verbesserungen beim "Solidarpakt" und beim Streit um die "Altschulden".
- 1991 "Europabüro der deutschen kommunalen Selbstverwaltung" nimmt in Brüssel seine Arbeit auf (drei kommunale Spitzenverbände und der Rat der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion)
- 1995 Erste Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in einer Stadt in den neuen Ländern, in Magdeburg
- 1995 Das Präsidium beschließt eine umfangreiche Orientierungshilfe für die Mitgliedstädte zur "Lokalen Agenda 21".

- 1997 Oberbürgermeisterin Petra Roth, Frankfurt am Main, wird Präsidentin des Deutschen Städtetages.
- 1999 Teilverlagerung der Hauptgeschäftsstelle Köln ins Ernst-Reuter-Haus in Berlin, alle Fachbereiche sind jetzt auch in Berlin präsent.
- 1999 Dr. Stephan Articus wird Hauptgeschäftsführer.
- 2000 Beginn des Projekts "Zukunft der Stadt? - Stadt der Zukunft!" - ein Dialog über Demokratie und Selbstverwaltung in den Städten.
- 2001 Die Hauptversammlung in Leipzig beschließt die "Leipziger Resolution zu den Grundlagen eines Leitbildes für die Stadt der Zukunft".
- 2003 Die Hauptversammlung in Mannheim verabschiedet das "Leitbild für die Stadt der Zukunft".
Bundespräsident Rau fordert in seiner Rede: "Die Verschiebebahnhöfe, auf denen der Bund und die Länder Lasten auf die Gemeinden zurollen lassen, gehören stillgelegt."
Klare Forderungen des Städtetages sind:
- Keine Abschaffung, sondern Modernisierung der Gewerbesteuer!
- Eigenes Leistungsrecht für Langzeitarbeitslose sofort einführen!
- Herbst 2003 Öffentliche Kampagne "Reformen statt Kahlschlag", als die Gemeindefinanzreform zu scheitern droht: In einer Aktionswoche machen viele Städte auf die Folgen der Finanznot für die Bürgerinnen und Bürger aufmerksam. Vor zahlreichen Rathäusern werden Flaggen „Städte in Not“ gehisst.
- 2005 Der Deutsche Städtetag unterstützt die Umsetzung von Hartz IV (Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) und erwartet, dass Bund und Länder die Kommunen tatsächlich um 2,5 Milliarden Euro jährlich und dauerhaft entlasten.

Der Deutsche Städtetag repräsentiert 5500 Städte und Gemeinden mit insgesamt 51 Millionen Einwohnern.
31. Mai bis 2. Juni 2005 33. ordentliche Hauptversammlung „100 Jahre Deutscher Städtetag“: Die Zukunft liegt in den Städten“ und Festakt zum Jubiläum in Berlin.